

Meinung

Hagen Strauß
zum Ukraine-Gipfel
im Weißen Haus



Diese Treffen sind Zeichen der Ermutigung

Der Weg ist noch lang und er bleibt steinig, denn Wladimir Putin ist nach wie vor der entscheidende Akteur, wenn es um die Frage von Krieg oder Frieden in der Ukraine geht. Aber die Treffen von Washington lassen hoffen – sie sind in Zeiten der geopolitischen Polarisierung, in der die Staaten auseinander- statt zusammen-driften, auch ein großes Zeichen der Ermutigung. Die Orfans dieser Welt haben noch nicht gewonnen. Europa kann kraftvoll zusammen handeln – und zusammenstehen.

Nun ist zumindest ein Friedensprozess angestoßen, mit dem man vor einigen Wochen und auch nach dem beschämenden Treffen des amerikanischen und russischen Präsidenten in Alaska so nicht rechnen konnte. Das ist das Verdienst der Koalition der Willigen, die mit einer Mischung aus Demut und klarer Positionierung – auch durch einen selbstbewussten deutschen Kanzler – den Nerv des unberechenbaren US-Präsidenten Donald Trump getroffen haben. Nicht zuletzt, weil es ihnen gelungen ist, die Folgen des Krieges etwa anhand der Tausenden verschleppten ukrainischen Kinder plastisch zu machen – so beeindruckt man den US-Präsidenten. Und so lassen sich dann auch die Brücken schlagen, die es zwischen Trump und Selenskyj nach dem Eklat im Weißen Haus im Februar neu gebraucht hat.

Allerdings ist damit noch nichts endgültig gewonnen. Der Krieg geht weiter. Ob es tatsächlich zu einem direkten Treffen zwischen Putin und Selenskyj kommen wird, hängt jetzt allein vom Kreml-Herrscher ab, der während der Treffen im Weißen Haus die Ukraine weiter bombardiert hat. Nun muss er seinen Betrag leisten, inwieweit der russische Präsident das tatsächlich will, ist unklar geblieben. Auch sind nun in der Folge noch viele komplizierte Fragen zu klären, etwa territorialer Natur oder die konkrete Ausgestaltung von Sicherheitsgarantien, die vor allem die Europäer und damit auch Deutschland leisten müssen. Das wird noch zu hitzigen Debatten führen. Aber ein Anfang ist gemacht, damit es endlich Frieden geben kann. Nichts ist wichtiger als das.

Friedrich Merz muss man loben. Es ist eine Leistung des Kanzlers, dass die Europäer im Weißen Haus so geeint aufgetreten sind und damit ein befürchteter Eklat verhindert werden konnte. Merz hat die Koalition der Willigen im Vorfeld organisiert, auf internationaler Bühne ist er inzwischen einflussreicher, als es sein Vorgänger Olaf Scholz von der SPD wohl jemals gewesen ist. Dass ermöglicht es ihm auch, für die Europäer klare Akzente zu, etwa hinsichtlich eines Waffenstillstands vor weiteren Verhandlungen mit dem Aggressor Putin.

 Ihre Meinung schicken Sie an: leserbriefe@rhein-zeitung.net

Presseschau

Es gibt eine neue Diskussion über die Beteiligung der Bundeswehr bei der Absicherung einer möglichen Friedenslösung in der Ukraine. Das kommentiert die „Neue Osnabrücker Zeitung“ so:

NOZ

Wenn aber die Rahmenbedingungen passen, wäre es kaum zu rechtfertigen, kein Bundeswehr-Kontingent zur Friedenssicherung in der Ukraine abzustellen. Deutschland darf und wird sich die Entscheidung nicht leicht machen. Umfragen zufolge ist die Gesellschaft in der Frage einer deutschen Friedenstruppe gespalten. Deshalb hat die Öffentlichkeit ein Recht auf eine ehrliche, aber nicht endlos geführte Debatte.

„So entlasten wir Beitragszahler um Milliarden“

Im Gastbeitrag erläutert der Landeschef der Techniker Krankenkasse kurzfristige Einsparpotenziale ohne Leistungskürzungen

Von Jörn Simon

Die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenkassen ist schwierig. Schauen wir der Tatsache ins Gesicht: Die Ausgaben wachsen viel schneller als die Einnahmen. Ohne kurzfristige Gegenmaßnahmen werden die Beiträge für die Versicherten und damit auch für ihre Arbeitgeber zum Jahresbeginn erneut steigen. Die Regierung muss dringend die explodierenden Ausgaben für Gesundheit dämpfen und strukturelle Reformen auf den Weg bringen.

Was keine Lösung für das Problem ist: Darlehen, die die Bundesregierung jetzt für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) gewährt – insgesamt 4,6 Milliarden Euro für 2025 und 2026. Sie lösen die finanziellen Probleme nicht, und das Geld muss außerdem zurückgezahlt werden. Dabei gäbe es die Möglichkeit, die Beitragszahlerinnen und -zahler um mehrere Milliarden Euro finanziell zu entlasten, ohne Leistungen zu kürzen. Die Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch und sind kurzfristig umsetzbar. So entlasten wir die Beitragszahler um Milliarden:

Nach den Ausgaben für die Kliniken sind Arzneimittel der zweitgrößte Kostenblock. Die GKV gab im vergangenen Jahr dafür 55 Milliarden Euro aus – mehr als für ambulante Behandlungen bei Haus- und Fachärzten. Allein in Rheinland-Pfalz hat die TK 700 Millionen Euro für Medikamente gezahlt. Kostentreiber sind neue, patentgeschützte Arzneimittel. Die Preisberechnungen sind intransparent, Forschungs- und Entwicklungskosten werden nicht offengelegt. Preise im fünf- und sechsstelligen Bereich sind keine Seltenheit, auch die Millionenmarke für einzelne Medikamente ist längst erreicht.

Die Grenze des Leistbaren

Dies alles muss die Versicherten-gemeinschaft finanzieren, und die Frage ist, wann die Grenze des Leistbaren erreicht ist. Deshalb brauchen wir eine neue Preisfindung für Arzneimittel, die auf transparenten Kriterien beruht. Um kurzfristig die Arzneimittelausgaben zu dämpfen, sollte der sogenannte Herstellerrabatt, also der Abschlag, den Unternehmen auf patentgeschützte Arzneimittel gewähren müssen, erhöht werden. Aktuell liegt er bei 7 Prozent. Eine Erhöhung auf 17 Prozent könnte die GKV jedes Jahr um bis zu 3 Milliarden Euro entlasten. Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich



2029 könnte der durchschnittliche Zusatzbeitrag für die Krankenkasse bei 4,05 Prozent des Bruttoeinkommens liegen. Höchste Zeit gegenzusteuern, fordert der TK-Landeschef Jörn Simon. Foto: Jens Kalaene/dpa, Jonas Werner-Hohensee

ein einem wegweisenden Urteil die Zulässigkeit des Herstellerabschlags bestätigt. Die Bundesregierung sollte davon Gebrauch machen, um überhöhte Gewinne der Pharmaindustrie zu begrenzen und damit Versicherte und Arbeitgeber finanziell zu entlasten.

Ein weiteres Beispiel: Wer an der Fleischtheke Rinderleende kauft, zahlt darauf 7 Prozent Mehrwertsteuer, demnächst voraussichtlich auch im Restaurant, wenn die Bundesregierung die Pläne zur Steuersenkung in der Gastronomie umsetzt. Blumen, Briefmarken, Zeitungen und Noten werden neben Grundnahrungsmitteln auch als „wichtige Güter“ eingestuft, ebenso Tonträger und Gemälde.

Warum diese Regelung für Arzneimittel nicht gilt – dafür gibt es keine logische Erklärung. Dabei könnte eine Absenkung auf den ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent die GKV-Ausgaben jedes Jahr um rund 6 Milliarden Euro mindern. Würde die Steuer ebenso für alle Hilfsmittel abgesenkt, ließen sich zusätzlich 720 Millionen Euro jährlich einsparen.

Apropos Hilfsmittel: Seit 2019 darf die GKV Hilfsmittel nicht

mehr ausschreiben. Wenn Ausschreibungen wieder möglich wären, könnte die Versicherungsgemeinschaft jährlich um mindestens 350 Millionen Euro entlastet werden – durch in den Verträgen ver-



„Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld erhalten die gleiche medizinische Versorgung wie alle gesetzlich Versicherten. Das ist gut und richtig. Die Finanzierung dieser Versorgung ist jedoch eine staatliche Aufgabe und muss deshalb aus Steuermitteln erfolgen.“

TK-Landeschef Jörn Simon

ankerte Qualitätsstandards ohne Einbußen bei der Versorgungsqualität.

Die Bundesregierung sollte zudem den Mut haben, Fehler ihrer Vorgängerregierungen zu korrigieren. So wurde 2019 das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) eingeführt. Die Hoffnung: Mehr Geld für Terminvermittlung sollte zu schnelleren Terminen für die Patientinnen und Patienten führen. Der Bundesrechnungshof befand: Ziel nicht erreicht! Außerdem werden Terminvermittlungen mittlerweile sogar doppelt vergütet, im Rahmen des normalen Budgets und extrabudgetär. Ein Ende der Doppelfinanzierung würde rund 225 Millionen Euro pro Jahr einsparen.

Ein weiterer Kostenblock der GKV sind die sogenannten versicherungsfremden Leistungen. Das sind Leistungen, die gar nicht von der GKV, sondern aus Steuermitteln bezahlt werden müssten. Ein Beispiel sind die Beiträge für Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld. Sie erhalten die gleiche medizinische Versorgung wie alle gesetzlich Versicherten. Das ist gut und richtig.

Die Finanzierung dieser Versorgung ist jedoch eine staatliche Aufgabe und muss deshalb aus Steuermitteln erfolgen. Das sieht auch die Gesundheitsministerin so. Aktuell zahlt der Staat aber nur rund ein Drittel der benötigten Summe, den Rest zahlen die Versicherten mit ihren Beiträgen. Eine komplette Übernahme der Finanzierung durch den Staat würde die GKV jährlich um rund 10 Milliarden Euro entlasten.

Jedes dritte Klinikbett bleibt leer

Zu guter Letzt ein Blick auf die Krankenhäuser. In Rheinland-Pfalz bleibt im Durchschnitt jedes dritte Krankenhausbett leer. Im Land haben wir mit 67 Prozent die niedrigste Bettenauslastung bundesweit. Zurzeit sind viele Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte in Häusern mit schlechter Auslastung gebunden. Fast ein Drittel der Kliniken in Rheinland-Pfalz haben weniger als 150 Betten. Trotzdem muss dort ein Pool an Ärztinnen und Ärzten und weiteres medizinisches Personal vorgehalten werden.

Noch dazu gibt es viele unnötige Operationen, denn wenn eine Klinik viele leere Betten hat und gleichzeitig rote Zahlen schreibt, ist der wirtschaftliche Druck sehr groß, sich im Zweifelsfall für eine OP zu entscheiden. Die Zahlen unseres Zweitmeinungsverfahrens, das bei einer empfohlenen Rücken-OP in Anspruch genommen werden kann, zeigen beispielsweise, dass in 88 Prozent der Fälle eine Operation überflüssig ist.

Schlecht ausgelastete Häuser, denen bei komplizierten Eingriffen die Erfahrung und Routine fehlt, erreichen oft nicht die erforderliche Qualität. Deshalb ist es so wichtig, dass die Krankenhausreform konsequent umgesetzt wird und die Qualitätsziele nicht durch die im Krankenhausreformenpassungsgesetz vorgesehenen Ausnahmeregeln verwässert werden. Das ist letztlich auch das, was die meisten Patientinnen und Patienten sich wünschen.

In einer Forsa-Umfrage, die die TK in Auftrag gegeben hatte, wurden Menschen in Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland gefragt, für welche Option sie sich entscheiden würden, wenn sie für eine aufwendige Behandlung oder Operation ins Krankenhaus müssten. Neun von zehn Befragten entschieden sich für ein Krankenhaus mit umfassender Erfahrung mit dieser Art von Behandlung, auch wenn es weiter vom Wohnort weg ist.

Gegen den Strich von Jürgen Tomicek

Russische Gamescom

Impressum

Rhein-Zeitung
und ihre Heimatausgaben

Herausgeber und Verlag:
Mittelrhein-Verlag GmbH, Koblenz

Verleger: Walterpeter Twer
Geschäftsführer: Thomas Regge

Chefredakteur: Lars Hennemann.

Stellvertretender Chefredakteur: Thomas Haag.
Mitglieder der Chefredaktion: Nina Borowski, Maximilian Eckhardt (beide Digitales), Dirk Kurz (Redaktionsmanagement).

Leitende Redakteure: Themenmanagement: Tim Kosmetschke, Anke Mersmann. Lokales: Markus Gerhold.
Chef vom Dienst: Jörg Peter Herrmann. Sonderaufgaben: Petra Mix.

Zentralredaktion, Produktion: Jochen Dick, Kathrin Hoberger (beide LtG.), Alessandro Fogolin, Dr. Jörg Hilpert, Christian Kunst, Stefanie Lanzerath, Barbara Malik.
Reporter: Claus Ambrosius (LtG. Kultur, 0261/892-247), Dirk Eberz (Tel. 0261/892-237), Johannes Mario Lohr (0261/892-409), Cordula Sailer-Röttgers (0261/892-187), Stefan Schalles (0261/892-276).

Landeskorespondent: Bastian Hauck (06131/2131-107).

Digitalredaktion: Lukas Erbeling, Fabian Herbst, Monika Pradelok, Kevin Rühle, Fabian Strunk, Svenja Wolf.

Mittelrhein-Verlag, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz (zugleich ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Tel. 0261/892-00, Internet: www.rhein-zeitung.de

Zentralredaktion: Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz, E-Mail: redaktion@rhein-zeitung.net

Anzeigen: rz-Media GmbH, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz. Geschäftsführung: Evangelos Botinos.

Druck: Industrie Dienstleistungsgesellschaft mbH, 56055 Koblenz, Geschäftsführer: Jörg Unruh

Copyright: Eigene Inhalte sowie Texte/Fotos externer Agenturen sind in der Regel urheberrechtlich geschützt.

Lizenzierung: Anfragen zur Weiterverbreitung unserer Inhalte (auch Social Media) richten Sie ausschließlich per E-Mail an: archiv@rhein-zeitung.net

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter der Internet-Adresse: www.presse-monitor.de

Zum Druck verwenden wir Recycling-Papier mit einer Altpapierquote von mindestens 70 Prozent